

## Positionspapier

### Vielfalt gerecht gestalten!

Beschluss der Vollversammlung des Landesjugendrings am  
20.11.2010

#### I Einleitung

In Baden-Württemberg leben Menschen aus 180 Nationen<sup>1</sup>. Entsprechend bunt ist der Alltag im Land. Es sind nicht „die anderen“, die das Land bunt machen – wir alle tragen zur kulturellen, religiösen und ethnischen Vielfalt bei. Die kulturelle Identität jedes Menschen ist heute durch vielfältige Zugehörigkeiten geprägt. Dies ist Ausdruck einer offenen und demokratischen Gesellschaft.

Menschen sind unterschiedlich. Dies spiegelt sich in Einkommen, Bildungsniveau, Gesundheit und Behinderung, Religion, Weltanschauung, Lebensstil, regional oder konfessionell geprägten Zugehörigkeiten u.v.a.m. wider. Oft sind diese Faktoren wichtiger als die Abstammung. Die Diskussion über Vielfalt wird jedoch vom Thema Zuwanderung dominiert. Migration, Migrationshintergrund und Integration sind als Begriffe in aller Munde und rufen ganze Bündel von Vorstellungen, Zuschreibungen, Ängsten und Hoffnungen wach, die oft mehr zu Verwirrung führen als den Dialog zu erleichtern. Dass der Umgang mit Migration eine Schlüsselfrage für moderne Gesellschaften ist, wird kaum mehr angezweifelt. Strittig ist, wie dieser Umgang aussehen soll und was mit Integration konkret gemeint ist.

Wir sehen hierbei insbesondere das Dilemma, das richtige Maß zwischen der notwendigen Förderung auf der einen Seite und der ausgrenzenden Sonderbehandlung auf der anderen Seite zu finden. Die Gefahr besteht, Individuen auf ihren Migrationshintergrund zu reduzieren und sie von vornherein als bedürftig einzustufen. Angesichts der Globalisierung, internationaler Migration und europäischer Einigung wird interkulturelle Kompetenz zu einer Notwendigkeit für alle Menschen.

Ziel des Landesjugendrings (LJR) ist es, ein diskriminierungsfreies Zusammenleben sowie Teilhabe und Chancengleichheit für alle hier lebenden jungen Menschen zu ermöglichen. Integration ist für uns ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, der in Deutschland auf Grundlage des Grundgesetzes und der allgemeinen Menschenrechte stattfindet. Integration betrifft alle und verändert die ganze Gesellschaft.

Die Jugendverbandsarbeit hat den Anspruch, Sprachrohr junger Menschen zu sein. Sie muss daher immer wieder prüfen, welche Jugendlichen und welche Vereine sie nicht im Blick hat. Bei jungen Menschen mit Migrationsgeschichte gibt es hier einen Nachholbedarf. Die Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund hat im LJR in den letzten zehn Jahren immer größere Bedeutung bekommen. Integration und Interkulturelle Öffnung sind seit Jahren ein wichtiges Arbeitsfeld.

---

<sup>1</sup> Stuttgarter Bündnis für Integration 2009, S. 6.

Der Landesjugendring:

- unterstützt seit 1999 Jugendverbände und -ringe über Förderprogramme zur Integration junger MigrantInnen - aktuell durch die „Integrationsoffensive“ unter Federführung der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten (AGJF)
- unterstützt Verbände junger Menschen mit Migrationshintergrund (VJM) auf Landesebene seit Ende 2007 über das Modellprogramm zur Organisationsentwicklung der Verbände junger MigrantInnen (VJM) - gefördert vom Sozialministerium Baden-Württemberg;
- setzt für die Baden-Württemberg Stiftung das Projekt „Integration durch soziales Engagement“ um;
- trägt mit Fachtagungen und Publikationen dazu bei, Integration und Interkulturelle Öffnung als Thema in der Jugendarbeit zu setzen und zu verankern.

Es hat sich daher einiges an Erfahrung angesammelt, erste Erfolge werden in neuen Mitgliedschaften sichtbar. Die Föderation demokratischer Arbeitervereine (DIDF-Jugend) ist seit Frühjahr 2009 Mitglied der AG Anschlussverbände des LJR und der Bund der Alevitischen Jugendlichen (BDAJ) ist seit Herbst 2009 LJR-Mitglied. Wir verstehen Integration nicht nur als politischen und wirtschaftlichen, sondern auch als zivilgesellschaftlichen Prozess, und damit verbindet sich für uns auch ein Anspruch an die verbandliche Jugendarbeit. Mit dem Diskussionspapier MigrantInnen und Jugendverbandsarbeit wollen wir einen Prozess der Diskussion in allen Mitgliedsverbänden des LJR beginnen bzw. weiterführen, um zu neuen und den jeweiligen Verbänden angepassten Konzepten der interkulturellen Öffnung der verbandlichen Jugendarbeit zu kommen.

## **II Situation junger Menschen mit Migrationshintergrund**

### **Vielfältige Zugehörigkeiten**

In Baden-Württemberg hat ein Viertel aller EinwohnerInnen einen Migrationshintergrund. Bei den unter 25-Jährigen liegt der Anteil bei 33 Prozent<sup>2</sup> (in Stuttgart bei 50 Prozent<sup>3</sup>).

Die Sinusstudie zu Migranten-Milieus von 2008 zeigt ein facettenreiches Bild der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und widerlegt viele Negativ-Klischees über eingewanderte Menschen. Sie kritisiert die Defizitperspektive und weist auf die Ressourcen kulturellen Kapitals, die Anpassungsleistungen und den Stand ihrer Etablierung in der Mitte der Gesellschaft hin. Menschen unterschiedlicher Herkunft desselben Milieus teilen individuelle Wertvorstellungen, Lebensstile und ästhetische Vorlieben. Sie verbindet häufig mehr miteinander als mit ihren Landsleuten aus anderen Milieus. Abstammung und Herkunft sind keine Grundlage um auf individuelle Wertvorstellungen, Lebensstile und ästhetische Vorlieben zu schließen.

Die Mehrzahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund sieht ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland. Ihre Identitätsfindung steht häufig in der Spannung zwischen dem kulturellen Hintergrund ihrer Familie und den herrschenden Vorstellungen in ihrem jeweiligen Lebensumfeld. Viele von ihnen haben in ihrer Sozialisation Ausgrenzung bis hin zu offener Fremdenfeindlichkeit erfahren.

### **Vielfältige Benachteiligungen**

Junge Menschen mit Migrationshintergrund haben in zentralen Lebensbereichen schlechtere Ausgangschancen und sind derzeit in bestimmten Bereichen statistisch stärker von Benachteiligung betroffen als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund.

Welche Perspektiven Menschen mit Migrationshintergrund haben, hängt stark von ihrem Aufenthaltsstatus ab: Falls sie in die Kategorie SpätaussiedlerInnen, Ausländer, Flüchtlinge oder „Menschen ohne Aufenthaltspapiere“ fallen, gelten für sie gesetzliche Bestimmungen, die Einreise, Aufenthalt, politische Beteiligung und Partizipation an sozialen Leistungen regeln. Besonders belastend ist die Situation für Jugendliche, deren Aufenthaltsstatus ungeklärt ist oder die von Abschiebung bedroht sind.

Familien mit Migrationshintergrund sind stärker von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Die Armutsrisikoquote bei Menschen mit Migrationshintergrund ist doppelt so groß (28,2 Prozent) als bei Menschen ohne

---

2 Familien in Baden-Württemberg 3/2008, S. 3.

3 Stuttgarter Bündnis für Integration 2009, S. 6.

Migrationshintergrund<sup>4</sup>. Menschen mit Migrationshintergrund von 15 bis 24 Jahren haben ein überdurchschnittlich hohes Risiko Hartz IV-bedürftig zu werden – 2008 waren dies in Deutschland 33 Prozent im Vergleich zu 9 Prozent bei jungen Menschen ohne Migrationshintergrund<sup>5</sup>.

Migration ist nicht ursächlich für Bildungsbenachteiligung, aber weil MigrantInnen überdurchschnittlich von sozialer Benachteiligung betroffen sind, ergeben sich oft auch Bildungsbenachteiligung und erschwerte Zugänge zu Ausbildung und Beruf. Junge MigrantInnen in Baden-Württemberg haben deutlich geringere allgemeinbildende Schulabschlüsse als junge Deutsche ohne Migrationshintergrund. 6 Prozent der MigrantInnen zwischen 25 und 35 Jahren haben keinen Schulabschluss, 41 Prozent einen Hauptschulabschluss, 28 Prozent Fachhochschulreife oder Abitur. Im Vergleich dazu liegt der Anteil der jungen Erwachsenen ohne Migrationshintergrund ohne Schulabschluss bei 1 Prozent, mit Hauptschulabschluss bei 21 Prozent und mit Fachhochschulreife oder Abitur bei 44 Prozent. Jugendliche mit Migrationshintergrund haben in Baden-Württemberg eine deutlich niedrigere Ausbildungsbeteiligung als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Fast ein Drittel (32 Prozent) der 25- bis 35-Jährigen mit Migrationshintergrund verfügte 2007 über keinen beruflichen oder berufsqualifizierenden Abschluss; Jugendliche ohne Migrationshintergrund betraf dies nur zu 8 Prozent.<sup>6</sup>

### **Jugendliche als Individuen**

Junge Menschen mit Migrationshintergrund sind wie alle Jugendlichen als Individuen mit ihrem Potenzial zu respektieren, anzuerkennen und zu fördern. Sie wollen ihren kulturellen Hintergrund als etwas Wertvolles und als Chance begreifen dürfen, ohne auf ihren Migrationshintergrund reduziert zu werden. Wie jeder junge Mensch benötigen sie Erfolgserlebnisse, Selbstwirksamkeitserfahrungen und Perspektiven für ihre Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit. Die Jugendphase, in der die Identitätsbildung erfolgt, stellt für jeden Jugendlichen eine Herausforderung dar. Für Jugendliche mit Migrationshintergrund kann diese Phase unter Umständen noch schwieriger sein. Bildung ist jedoch ein zentraler Schlüssel zu gesellschaftlicher Integration und Teilhabe. Integrationspolitik ist daher immer auch Bildungspolitik.

### **III Integrationspolitik in Baden-Württemberg**

In Deutschland leben viele Jugendliche mit Migrationshintergrund, die sehr gut integriert sind. Um diese zu unterstützen braucht es formale Gleichstellung im Wahlrecht, in der Anerkennung von Bildungsabschlüssen u.ä., damit echte Wertschätzung und gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet wird. Allerdings gibt es auch Jugendliche, die nur wenig integriert und vielfach benachteiligt sind. Deren Anteil ist unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich groß. Daher müssen mit besonderem Blick auf benachteiligte MigrantInnen Mechanismen entwickelt werden, die benachteiligten Jugendlichen in Deutschland sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund gesellschaftliche Beteiligung und berufliche Perspektiven ermöglichen. Gelingende Integrationspolitik muss darauf abzielen, allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen sowie ein eigenständiges Leben zu ermöglichen.

### **Wir fordern von der Landesregierung und allen föderalen Ebenen..**

**... eine aktive und abgestimmte Integrationspolitik unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen.**

- In Baden-Württemberg müssen Jugend-, Bildungs- und Integrationspolitik stärker vernetzt werden.
- Jugendhilfeplanung, Bildungsplanung und Schulentwicklungsplanung müssen die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund als Querschnittsaufgabe umsetzen.
- Dabei muss die Förderung und Unterstützung der Kinder und Jugendlichen immer motivierend, wertschätzend und für die Kinder und Jugendlichen freiwillig sein. Wenn freiwillige Angebote nicht angenommen werden, darf die Konsequenz nicht sein, diese verpflichtend zu machen, vielmehr muss das Angebot kritisch überprüft und entsprechend erweitert werden.

---

4 DBJR Stellungnahme zum Armutsbericht der Bundesregierung 2008, S. 3.

5 Arbeitsmarkt aktuell Nr. 6/2010, S. 6.

6 Statistik aktuell 2009, S. 3.

- Integrationspolitik muss auf Chancengleichheit in Bildung, Ausbildung und Arbeit ausgerichtet sein und weniger auf die Problematisierung kultureller und religiöser Unterschiede.
- Die Landesregierung muss ihren Beitrag leisten, dass in Baden-Württemberg ein tolerantes und weltoffenes Klima der Anerkennung und der kulturellen, sprachlichen und religiösen Vielfalt entsteht.

... **die interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes.**

- Es müssen verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund ausgebildet und ihr Anteil unter den Beschäftigten deutlich erhöht werden. Besonders wichtig ist dies bei LehrerInnen und ErzieherInnen.

... **Chancengleichheit in der Schule.**

- Ein Gesamtkonzept zur Überwindung der Benachteiligungen von SchülerInnen mit Migrationshintergrund und bildungsbenachteiligten SchülerInnen ist erforderlich: Der Ausbau frühzeitiger individueller Förderung (z.B. Sprachförderung) sowie das Zulassen von integrativen Schulmodellen sind Elemente davon.
- Baden-Württemberg braucht vor allem in Schulen mit hohem MigrantInnenanteil, die von den zuvor genannten Benachteiligungen betroffen sind, mehr Lehrkräfte und mehr SchulsozialarbeiterInnen. Außerdem muss die Ganztagschule wie im LJR-Positionspapier *Gerecht und demokratisch lernen* (2008) gefordert, gestärkt und ausgeweitet werden.
- In den Schulen muss die Mehrsprachigkeit von Kindern und Jugendlichen anerkannt und gefördert werden. Interkulturelles und globales Lernen muss in allen Schulen Teil des Unterrichts werden.

... **Unterstützung bei Ausbildung und Berufsstart.**

- Jugendliche mit Migrationshintergrund brauchen in der Phase der beruflichen Orientierung Unterstützung, Beratung und Ermutigung, um eine Berufsausbildung bzw. ein Studium zu ergreifen, die ihren Neigungen und Fähigkeiten entspricht.
- Es müssen mehr BerufsberaterInnen und ArbeitsvermittlerInnen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsagenturen eingestellt und interkulturell fort- und weitergebildet werden. Dasselbe gilt für betriebliches Ausbildungspersonal.
- Für Azubis brauchen wir eine intensive Sprachförderung.
- In lokalen Bündnissen aus Gewerkschaften, Wirtschaft, Schulen und Migrationsverbänden sollen Ausbildungsplätze für MigrantInnen eingeworben werden.
- Ausbildungsbegleitende Hilfen müssen zu Regelangeboten für die Betriebe ausgebaut werden, besonders für kleine und mittlere Unternehmen.

... **die vereinfachte Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse und beruflicher Qualifikationen.**

- Eine schnelle und umfassende Anerkennung der im Ausland erworbenen Qualifikationen für zugewanderte junge Menschen ist notwendig.
- Zugewanderte junge Menschen brauchen einen Rechtsanspruch auf ein Anerkennungsverfahren von im Ausland erworbenen beruflichen Abschlüssen.

... **die Anerkennung informell erworbener Kompetenzen zu verbessern.**

- Die Bedeutung außerschulisch erworbener Qualifikationen wird trotz etablierter Nachweise (Juleica, Qualipass) noch von zu wenigen erkannt. Diese Nachweise sollten für junge Menschen mit Migrationshintergrund besonders gefördert und bekannt gemacht werden.

... **unsere Demokratie zu stärken.**

- Wir fordern das kommunale Wahlrecht für alle, die dauerhaft in Deutschland leben.
- Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, die Partizipation und demokratisches Aushandeln von Interessen ermöglichen und frühzeitig und zielgruppengerecht den Kontakt zu kommunalen EntscheidungsträgerInnen herstellen, müssen verlässlich gefördert werden.

... **die Integration durch Selbstorganisation zu stärken und finanziell zu fördern.**

- Vereine, Verbände und Initiativen junger MigrantInnen (VJM) müssen durch zusätzliche Ressourcen unbürokratisch unterstützt und beraten werden.

- Sie müssen beim Aufbau landesweiter Strukturen durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel gezielt institutionell gefördert werden.
- Bestehende Strukturen müssen zügig in die Regelförderung aus dem Landesjugendplan aufgenommen werden.
- Zur dauerhaften Sicherung landesweiter VJM benötigen diese gefördertes hauptamtliches Personal.
- Jugendverbände und -ringe brauchen für die Ansprache und Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund zusätzliche Mittel.
- Die „Integrationsoffensive“ muss als Fördertitel ausgebaut werden.
- Projektförderung allein reicht nicht. Grundlagen der interkulturellen Arbeit müssen durch ausreichende Regelförderung der Jugendarbeit in ihrer Breite gesichert werden, mehr qualifiziertes hauptamtliches Personal ist nötig.

... **die UN-Kinderrechtskonvention umzusetzen.**

Am 3. Mai 2010 erfolgte die Rücknahme der Vorbehaltserklärung der Bundesregierung zur UN-Kinderrechtskonvention. Die Rücknahme muss nun durch die Bundesländer konkret umgesetzt werden. Die Abschiebehaft von Flüchtlingskindern und deren Schlechterstellung hinsichtlich des Schulbesuchs, der medizinischen Versorgung und des Zugangs zur Kinder- und Jugendhilfe müssen ab sofort der Geschichte angehören.

... **ihren Einfluss in der Bundespolitik im Interesse junger Menschen mit Migrationshintergrund geltend zu machen.**

- Die Einbürgerung und das Erlangen einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis junger AusländerInnen muss erleichtert werden. Beides darf nicht an hohen Hürden, beispielsweise der eigenen Sicherung des Lebensunterhalts, scheitern. Kindern und Jugendlichen muss so eine echte Lebensperspektive in Deutschland geboten werden.
- Kindern muss auch dann eine Aufenthaltsgenehmigung erteilt werden, wenn nur ein Elternteil eine Aufenthaltsgenehmigung besitzt.
- Die generelle Möglichkeit der dauerhaften Mehrstaatigkeit für junge Menschen mit Migrationshintergrund muss eingeführt und Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsrecht abgeschafft werden.
- Die VJM als Interessenvertretungen von jungen MigrantInnen müssen bei der Umsetzung des Nationalen Integrationsplans stärker berücksichtigt werden, v.a. bei der Besetzung des geplanten Bundesbeirats für Integration und bei der Erstellung des Aktionsplanes.

**Quellen**

**Arbeitsmarkt aktuell 6/2010.** Jugendliche mit Migrationshintergrund: Am Arbeitsmarkt doppelt benachteiligt. Hrsg. v. DGB Bundesvorstand. Berlin 2010

[www.dgb.de/themen/++co++f96693d8-5dcc-11df-79f5-00188b4dc422](http://www.dgb.de/themen/++co++f96693d8-5dcc-11df-79f5-00188b4dc422) (21.10.2010)

**Beteiligung integriert.** Fallstudie für das Gemeinschaftsprojekt Beteiligung integriert. Erarbeitet von Konrad Flegr/Eva Grießer/Uschi Groß/Erich Laub/Christoph Schneider/Helga Huber. Balingen 2005.

[www.kreisjugendring-tuttlingen.de/kjr/doc/studie.pdf](http://www.kreisjugendring-tuttlingen.de/kjr/doc/studie.pdf) (21.10.2010)

**DBJR Stellungnahme zum Armutsbericht der Bundesregierung.** Berlin 2008.

[www.jugendserver.de/uploadfiles/14\\_2727\\_Armutsbericht.pdf](http://www.jugendserver.de/uploadfiles/14_2727_Armutsbericht.pdf) (21.10.2010)

**Familien in Baden-Württemberg 3/2008.** Bildung: Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Hrsg. v. Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg. Stuttgart 2008. [www.statistik-](http://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/FaFo/familien%5Fin%5Fbw/R20083.pdf)

[bw.de/BevoelkGebiet/FaFo/familien%5Fin%5Fbw/R20083.pdf](http://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/FaFo/familien%5Fin%5Fbw/R20083.pdf) (21.10.2010)

**Gerecht und demokratisch lernen.** Positionen zur Schulpolitik. Landesjugendring Baden-Württemberg. Stuttgart 2008.

[www.ljrbw.de/ljr/service/publikationen/publikationen\\_download/pospapiere/positionspapier\\_schulpolitik\\_ljr.pdf](http://www.ljrbw.de/ljr/service/publikationen/publikationen_download/pospapiere/positionspapier_schulpolitik_ljr.pdf) (21.10.2010)

**Mikrozensus.** Leben in Deutschland. Haushalte, Familien und Gesundheit - Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Hrsg. v. Stat. Bundesamt. Wiesbaden 2006

[www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2006/Mikrozensus/Pressebrochure,property=file.pdf](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2006/Mikrozensus/Pressebrochure,property=file.pdf) (21.10.2010)

**Realität und Reichweite von Jugendverbandsarbeit.** Projekt der aej. Publiziert unter: Katrin Fauser/Arthur Fischer/Richard Münchmeier: Jugendliche als Akteure im Verband. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung der Evangelischen Jugend. Jugend im Verband. Band 1. Opladen-Framington Hills 2006. ISBN 978-3-86649-106-9.

**Sinus Migrantinnen-Milieus.** Sinus Sociovision: Migrantinnen-Milieus in Deutschland 2008.

**Statistik aktuell 2009.** Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg.

Hrsg. v. Stat. Landesamt Baden-Württemberg. Stuttgart 2009. [www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Veroeffentl/Statistik\\_AKTUELL/803409002.pdf](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Veroeffentl/Statistik_AKTUELL/803409002.pdf) (21.10.2010)

**Stuttgarter Bündnis für Integration.** Fortschreibung 2009. Hrsg. v. Landeshauptstadt Stuttgart. Stuttgart 2009. [www.stuttgart.de/img/mdb/publ/17332/45883.pdf](http://www.stuttgart.de/img/mdb/publ/17332/45883.pdf) (21.10.2010)

**Beschlossen von der Vollversammlung des Landesjugendrings Baden-Württemberg e.V. am 20.11.2010.**